

Bündnis 90/Die Grünen
Stadtratsfraktion Nürnberg

Rathausplatz 2
90403 Nürnberg
Telefon: 0911 / 231-5091
Telefax: 0911 / 231-2930

e-Mail: gruene@stadt.nuernberg.de
www.gruene-stadtratsfraktion.nuernberg.de

Sparda Bank Nürnberg
Kontonr.: 101019058
Bankleitzahl: 760 905 00

Bus: Linie 36, 46, 47 (Rathaus)
U-Bahn: Linie 1, 11 (Lorenzkirche)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rathausplatz 2 90403 Nürnberg

Nürnberger Friedensforum
c/o Ewald Ziegler
Okenstr. 22
90443 Nürnberg

24. Juli 2008

Offener Brief
Gelöbnis am 30. Juli 2008 am Sebaldler Platz

Sehr geehrte Frau Beltinger,
sehr geehrter Herr Ziegler, sehr geehrter Herr Weber,

ich möchte ihnen gerne eine Rückmeldung auf ihr Schreiben vom 7. Juli zukommen lassen, das an den Oberbürgermeister Dr. Maly adressiert ist und unserer Fraktion zur Kenntnis gegeben wurde.

Die LINKE LISTE hat ihr Anliegen inzwischen erwartungsgemäß aufgegriffen, und für die Stadtratssitzung am 25. Juli einen Beschluss dahingehend beantragt, der die Ablehnung dieser Veranstaltung fordert.

Das Gelöbnis am 30. Juli erfordert aus meiner Sicht eine differenzierte Betrachtungsweise.

Ich möchte dies tun, in dem ich die ersten beiden ihrer Fragen aufgreife. Zu den Fragen drei und vier müssen sie sich bitte unmittelbar an die Stadtverwaltung wenden.

1. *Unterstützen Sie unser Anliegen, dass öffentliche Gelöbnisse weiterhin in unserer Stadt nicht stattfinden sollen?*

Ihre Frage unterstellt, dass von Seiten der Stadt und/oder des Stadtrates aktive Bemühungen bestanden, das am 30.7.08 stattfindende Gelöbnis nach Nürnberg zu holen. Nach meinen Informationen war dies nicht der Fall. Sollte dies doch so gewesen sein, halte ich dies allerdings auch nicht für den Untergang des Abendlandes.

Selbstverständlich ist der zunächst nahe liegende Ort eines Gelöbnisses von Bundeswehr-Soldaten deren originäres Umfeld, nämlich der Kasernenhof.

Aber nicht jede öffentliche Vereidigung ist gleichsam mit der schleichenden Militarisierung des öffentlichen Lebens verbunden. Ich bin der Auffassung, dass gerade eine Vereidigung auf das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland im öffentlichen Raum durchaus Sinn machen kann. Ob man dazu die Kulisse der Sebaldus-Kirche braucht ist eine andere Frage. Hier wäre ein säkularerer Rahmen durchaus angebracht gewesen.

Was allerdings vollkommen fehlt ist eine gemeinsame demokratische Kultur dieser bisher militärisch-sub-kulturellen Handlung. Erschwerend kommt hinzu, dass es sich bei dem Gelöbnis am 30. Juli um keine offene Veranstaltung handelt, zu der jede und jeder eingeladen ist. Der Zutritt ist reglementiert, der militärisch abgesicherte Bereich um den Sebalder Platz dient der Transparenz und Akzeptanz der Veranstaltung in keiner Weise.

Trotz dieser Hindernisse meine Fragen: Was halten sie von einer gemeinsamen Veranstaltung vieler gesellschaftlicher Gruppen zusammen mit den Wehrdienstleistenden? Wäre dies nicht ein wesentlich offensiverer Ansatz als die blanke Verweigerung?

Wäre es nicht vorteilhaft für alle Seiten, wenn es mehr demokratisches Miteinander zwischen Wehrdienstleistenden und der Zivilgesellschaft geben würde als die ritualisierte Ausgrenzung der Soldaten?

Gerade sie als verantwortliche Sprecher der Friedensbewegung in Nürnberg müssten eigentlich ein hohes Interesse an einer demokratischen Weiterentwicklung der Bundeswehr haben. Warum erstaunen sie die Öffentlichkeit nicht mit Forderungen, die sie an die Bundeswehr richten: wir wollen das Gelöbnis mit gestalten!

Die Verteidigung ist nicht alleine Aufgabe der Bundeswehr! Wir wollen es zivilgesellschaftlicher mit-organisieren und mit-verantworten! Wir wollen es wegentwickeln von Fackelaufzügen und Fahnenapellen hin zu einer klar erkennbaren zivilen Verteidigung auf das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland!

Lassen Sie uns doch gemeinsam darüber nachdenken, ob es nicht andere Wege gibt. Wege, die ohne die seit mehreren Jahrzehnten laufenden und überholten Slogans auskommen.

2. *Beurteilen auch Sie öffentliche Gelöbnisse als unvereinbar mit der unterstützenswerten Selbstverpflichtung unserer Stadt als Stadt des Friedens und der Menschenrechte?*

Ich meine: Beides kann und muss funktionieren. Die Stadt Nürnberg als Stadt der Menschenrechte kann mit großer Gelassenheit Gastgeber für junge Soldaten sein. Das Gelöbnis beschädigt die Stadt nicht, sondern stellt gerade ihr entspanntes und aufgeklärtes Verhältnis gegenüber der Bundeswehr unter Beweis.

Natürlich werde auch ich mich dafür einsetzen, dass Gegner des Gelöbnisses in keiner Weise behindert werden, wenn sie ihren Protest ausdrücken. Die Frage, die sich mir stellt ist allerdings: Was vermitteln sie damit den Wehrdienstleistenden? Meinen sie, dem Ruf der Stadt Nürnberg, der Friedensbewegung und sich selbst einen Dienst zu erweisen? Populistische Reflexe sind ihnen sicher.

Auf die Bundeswehr einzuschlagen ist leicht, der Verweis auf Afghanistan zieht bei wenig informierten Zeitgenossen immer. Aber die Einbindung in ein Verteidigungsbündnis ist etwas, das man nicht einfach negieren kann. Sie tun dies in aller Regel und setzen darüber hinaus die aktuelle Außenpolitik der Vereinigten Staaten (die ich in keiner Weise akzeptiere) mit der politischen Grundhaltung der Bundesrepublik gleich.

Aber wo ist ihre Auseinandersetzung mit Srebrenica im Jahr 1995 und dem vollkommenen Versagen der UNO-Streitkräfte, eben weil keine Waffen zum Schutz der

muslimischen Bevölkerung eingesetzt wurden? Die Befreiung vom Faschismus 1945 durch alliierte Soldaten lasse ich jetzt aus Platzgründen weg.

Die Debatte über die Ausrichtung friedenspolitischer An- und Absichten kann immer Unterstützung vertragen. Bündnisgrüne Politik ist grundsätzlich und immer Politik für eine friedliche Lösung von Konflikten.

Manchmal ist aber auch eine bittere Wahrheit zutreffend: Manchmal muss man Frieden auch mit Waffengewalt herstellen und bewahren. Dafür benötigen wir eine demokratisch verfasste und in der Gesellschaft verankerte Bundeswehr. Die martialische Form eines Gelöbnisses mag unserem Lebensgefühl und unseren Grundüberzeugungen ziemlich fremd sein. Aber aushalten sollten wir dies schon.

Mit freundlichen Grüßen

Achim Mletzko
- Stadtrat-